



Interviews

23. Januar 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit **Kay Gottschalk**

Moritz Küpper: Seit Tagen, seit fast zwei Wochen gehen Menschen in Deutschland auf die Straße, auch gestern wieder. Sie haben es in den Nachrichten gehört. Es sind Kundgebungen für die Demokratie, gegen Rechtsextremismus und auch – so liest es sich auf vielen Plakaten – gegen die AfD.

Am Telefon ist Kay Gottschalk, Bundestagsabgeordneter der Alternative für Deutschland. Bis Dezember 2019 war er einer von drei stellvertretenden Bundessprechern der Partei. Er ist Mitbegründer dieser Partei und nun am Telefon. – Guten Morgen!

Kay Gottschalk: Hallo! – Guten Morgen, Herr Küpper! Ich grüße Sie.

Küpper: Herr Gottschalk, es sind Demonstrationen gegen Demokratiefeindlichkeit und gegen Rechtsextremismus, die gerade in Deutschland massenweise laufen. Können Sie da inhaltlich mitgehen?

Gottschalk: Nein, natürlich komplett nicht, und ich glaube, es lohnt da auch mal der Blick über die Grenze. Ich zitiere ja wenig, aber wenn man den Blick in die Schweiz wagt: Dort wird gesagt, das deutsche Panikorchester, die wehrhafte Demokratie ist in Wahrheit eine hyperventilierende Demokratie, und so sehe ich es auch. Ich glaube, es ist die Angst vieler – ich nehme Sie da mal mit rein -, dass wir den ersten Ministerpräsidenten in diesem Jahr stellen werden und dass dann natürlich Dinge realisiert werden. Wir haben uns immer gegen die GEZ gestellt, uns mit Mächtigen angelegt. Selbstverständlich bricht Panik aus, dass wir bei etwa 22 Prozent stehen. Ich sehe das so wie beim Kollegen Aiwanger. Da passt vielen nicht, dass die Gesellschaft, die vielen fleißigen Menschen, die in diesem Land nicht mehr gefragt worden sind, jetzt endlich das Kreuz an der richtigen Stelle machen. Aber die Panik sehe ich bei den anderen, nicht bei uns.

Küpper: Herr Gottschalk, ich habe Sie eingangs gefragt, ob Sie inhaltlich gegen Demokratiefeindlichkeit und gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen würden, und da haben Sie geantwortet: „Nein!“ – Habe ich das richtig verstanden?

Gottschalk: Ich würde ganz einfach sagen: Diese Demonstrationen, die dort laufen, sind was ganz anderes. Sie sind tatsächlich für mich der Beweis, dass wir gerade ein Problem in der Demokratie haben, dass eine der größten, vielleicht eine der größten Oppositionspartei tatsächlich in einem Bündnis von Antifa, wer da so alles auf die Straße geht, die Jusos, Die Linke, die SPD, die Grünen, Verdi, DGB, ...

Küpper: Sie kommen ja aus der Aufzählung gar nicht mehr heraus. Sie könnten auch sagen, die Breite der Gesellschaft geht dort auf die Straße.

Gottschalk: Na ja. Wenn ich auf die Wahlergebnisse gucke bei den Grünen, bei der SPD oder bei der Linken – ich glaube, die FDP hat sogar Probleme und Die Linke, überhaupt ins Parlament zu kommen. Die Linke spaltet sich gerade. Das sehe ich anders, aber da können wir gerne drüber diskutieren.

Küpper: Darüber sprechen wir. – Wie erklären Sie sich? Sie haben die Breite dieses Bündnisses gerade aufgezählt. Es ist nicht nur die Zivilgesellschaft, es ist auch, wenig überraschend, dass politische Mitbewerber von Ihnen dort mitgehen, aber auch beispielsweise aus anderen Bereichen, aus den Kirchen, aus der Wirtschaft. Da wird nachdrücklich vor Ihnen, vor der AfD gewarnt.

Gottschalk: Gut! – Ich nehme das zur Kenntnis, aber ich glaube, zunächst einmal sollten sich alle die, die dort stehen, inklusive auch, sage ich mal, der Medienschaffenden entschuldigen, denn letztlich haben wir bei Corona, bei der Einwanderung beispielsweise gewarnt, sind auch von selben Verbänden an die Wand gestellt worden. Wir haben vor Einwanderung in die Sozialsysteme bereits 2013 und _17 zur Bundestagswahl gewarnt. Herr Raffelhüschen hat das in seiner Studie mit 5,8 Billionen den Saldo sehr gut ausgeführt. 13,4 wären es ohne Einwanderung, 19,2 Billionen ist es jetzt mit der Einwanderung. Ich habe aus sicheren Kreisen, dass auch er jetzt als Rassist wegen einer Studie bezeichnet wurde.

Nochmals: Wir müssen ernsthaft über das politische Klima nachdenken. Aber das kommt von der linken Seite und ich hätte auch gerne gehört Kollegen im Bundestag, die bei der interventionistischen Linken tätig sind, einer Partei, die nach wie vor einen Bundestagsvize stellt. Diese gesamte Diskussion hätte ich mir im Vorfeld gewünscht, bevor dieses Panikorchester, was dort jetzt auf den Straßen demonstriert, entsprechend von Ihnen jetzt so hochgehoben wird. Ich hätte eher erwartet, Sie verteidigen eine Oppositionspartei. Sie lassen zu – und das finde ich geradezu schändlich –, dass aus dem Wort „Abschiebung“ oder „Rückführung“ das Wort „Deportation“ benutzt wird. Sie wissen, was „Deportation“ heißt.

Dublin II wird völlig außer Acht gelassen, wo wir wirklich immer gewarnt haben, lassen Sie uns zu einer normalen Diskussion ...

Küpper: Herr Gottschalk, es wird gerade, glaube ich, deutlich, in der Breite der Bevölkerung. Das zeigen die Hunderttausenden, die ja seit Wochen auf die Straße gehen. Wir berichten darüber, aber ansonsten ist unser Anteil daran gering, genauso wie wir über auch Sie, die AfD sehr umfangreich berichten.

Gottschalk: Herr Küpper! Sie haben nicht mit uns gesprochen!

Küpper: Ich habe Sie ausreden lassen; dann lassen Sie mich auch ausreden? – Die Frage, die sich mir gerade stellt: Wird in der Breite der Bevölkerung gerade deutlich, dass Sie als AfD einfach ein anderes Land wollen, eines mit Massenausweisungen, eines mit einem potenziellen Dexit, wie ihn Alice Weidel, Ihre Parteichefin jetzt wieder ins Gespräch gebracht hat, mit einem Austritt aus der Europäischen Union?

Gottschalk: Ist Großbritannien eine Diktatur, weil sie den Brexit vollzogen haben, einfach mal als Gegenfrage? – Ich glaube, es ist legitim, die Frage nach einem Dexit zu stellen, wenn sich ein System undemokratisch verselbständigt hat. Das sagen Ihnen viele, viele Forscher, dass diese EU – das sagen ja sogar selbst die Anhänger der Europäischen Union – sich nicht auf demokratischem Boden in großen Teilen insbesondere, was manche Entscheidungen der Kommission angeht, befindet.

Wenn wir sagen, wir wollen Dublin II – Sie haben es ja eben angesprochen – anwenden, ...

Küpper: Sie haben es angesprochen.

Gottschalk: Wenn wir sagen, 300.000 Menschen, die keinerlei Bleiberecht, keinerlei Aufenthaltsrechtsstatus mehr in Deutschland haben, gesetzmäßig entsprechend abschieben. A wollen wir sie dann – ich betone es noch mal – nicht deportieren; wir wollen sie rückführen. Wenn Sie sagen, Dublin II ist nur Papier, wer aus einem sicheren Drittland nach Deutschland einreist ...

Küpper: Das sage ich im Übrigen nicht und das muss ich dann an der Stelle auch klarstellen. Das Wort Deportation haben Sie hier in dieses Gespräch gebracht.

Gottschalk: Richtig, weil Sie es laufend erwähnen.

Küpper: Und wenn Sie auf Sprache beharren und wenn wir über Abschiebungen und auch Rückführungen sprechen, dann kann ich Ihnen durchaus gerne ein paar Zitate und Aussagen aus Ihrer Partei vorlesen.

Gottschalk: Gerne!

Küpper: Da wird beispielsweise gesagt: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet. Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.“ Und: „Solche Menschen müssen wir selbstverständlich entsorgen.“ – Das ist doch der Sprachduktus von Deportation.

Gottschalk: Ich weiß nicht, wer das gesagt hat.

Küpper: Das kann ich Ihnen belegen. Das eine war Peter Bystron beispielsweise, der ehemalige Landesvorsitzende der AfD in Bayern. Ich könnte Ihnen die Namen jetzt und die Liste noch weitermachen. Die Aussagen, die ich hier vorliegen habe, das ist eine relativ lange Liste.

Gottschalk: Ja. – Ich kann natürlich nicht für jedes unserer mittlerweile über 40.000 Mitglieder tatsächlich da Verantwortung übernehmen. Aber ich kenne die meisten ...

Küpper: Aber wie kommt so eine lange Liste zustande?

Gottschalk: Jetzt lassen Sie mich doch aussprechen. – Ich kenne die meisten der Mitglieder wirklich, weil ich, wie Sie gesagt haben, seit Anfang an dabei bin. Wir hatten auch gestern einen Neujahrsempfang, da haben völlig normale Menschen gesessen, da haben wir auch komplett normal diskutiert. Ich bin auch dabei, es gibt sicherlich manchmal sprachliche Entgleisungen, da fasse ich mir auch an den Kopf. Ich gehe dem mal nach, was Sie mir da sagen.

Aber nochmals: Ich kann für die überwiegende Mehrheit der Kollegen im Bundestag reden. Ich kann für meine Kollegen im Landtag hier in Nordrhein-Westfalen mit Dr. Vincentz beispielsweise und vielen, vielen anderen reden. Ich glaube auch, es ist viel, viel wichtiger, dass wir jetzt ins Gespräch kommen über die Dinge, die wir wollen, die tatsächlich vielfach leider ausgeblendet worden sind. Wenn es sprachliche Entgleisungen gibt, dann sage ich auch, das wäre nicht mein Gebrauch, sondern ich sage, wir müssen wieder lernen, in Deutschland das Recht auch anzuwenden, ähnlich wie bei der Schuldenbremse. Da unterstellen Sie ja auch nicht der SPD oder den Grünen, dass sie auf einmal die Verfassung aushebeln wollen, sondern Frau Özoguz hat es ja auch gesagt 2018, das Zusammenleben muss jeden Tag neu ausgehandelt werden an dieser Stelle, und ich glaube, vielen Linken passt jetzt nicht, dass sich der Zeitgeist wendet, dass sich die Mehrheiten ändern und dass wir dann selbstverständlich in einen Dialog treten, wie Alice Weidel das gesagt hat. Nützt uns diese EU in dieser Form, uns speziell hier in Deutschland, unserer Wirtschaft, unseren Finanzen, oder nicht? Das ist eine legitime demokratische Frage und deswegen sind wir weder Faschisten, noch sind wir rechtsextrem, sondern wir sind eine konservative Partei, und ich glaube, das hat Deutschland verlernt, dass es auch konservative Menschen gibt.

Küpper: Dass der Brexit keine Erfolgsgeschichte ist, das zeigen die Zahlen. In Großbritannien gab es kürzlich erst wieder was. Aber an der Stelle will ich nicht bleiben. Ich versuche es noch einmal anders, weil wir über Sprache gesprochen haben. Warum ist Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, einer Ihrer Kollegen

dort, Bernd Baumann, in der ARD nicht in der Lage, sich von der Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“, gerufen nach Recherchen des Bayerischen Rundfunks im Rahmen des AfD-Parteitages in Greding - das Ganze ist auch belegt -, warum kann er diese Parolen nicht zurückweisen?

Gottschalk: Ich denke, zum einen habe ich auch gelernt, ich muss dann die Quelle genannt bekommen, ich möchte das sehen.

Küpper: Da gibt es ein Video.

Gottschalk: Das würde ich gerne sehen.

Küpper: Das ist alles belegt, keine Sorge.

Gottschalk: Wenn ich jetzt CORRECTIV sehe, da ist zum Beispiel, worauf Sie sich berufen, fast gar nichts belegt. Es wird auch nicht darüber gesprochen, dass mit, ja, man muss sagen, Geheimdienstmethoden ...

Küpper: Ich hatte jetzt einen anderen Punkt.

Gottschalk: Ja! Aber ich versuche, Ihnen gerade zu sagen, warum Bernd Baumann an dieser Stelle sicherlich erst mal gesagt hat, das muss ich prüfen. Das habe ich in der Politik, aber auch im Berufsleben gelernt. Sie konfrontieren mich jetzt mit einer Aussage, die ich nicht kenne. Nochmals: Ich bin ja auch Sachpolitiker, Gott sei Dank noch, im Beruf. Ich werde den sicher nicht sagen.

Küpper: Aber das ist Ihr Umfeld in der Partei. Das sollten Sie kennen.

Gottschalk: Na ja. Ich kann nochmals nicht 40.000 Mitglieder – das liegt mir auch fern, Herr Küpper – überwachen und was die so sagen.

Küpper: Das müssen Sie nicht! Das machen wir Medien und deswegen berichten wir darüber.

Gottschalk: Ja! Aber mein Vertrauen in die Medien ist nach Relotius und vielen anderen Dingen – sehen Sie es mir nach – auch erschüttert. CORRECTIV hat mich tief erschüttert im Glauben an Gerechtigkeit und faire Berichterstattung und das geht vielen Menschen im Übrigen so. Auch mit Aiwanger - ich spiele da einfach mal den Ball zurück – haben Sie sich alle nicht mit Ruhm bekleckert, weil auch da, glaube ich, die Absicht vieler Kreise klar war.

Nochmals: Ich bin gerne zu einem sachlichen Gespräch immer bereit, aber ich erwarte zunächst einmal, weil wir von Anfang an in eine Ecke gestellt worden sind, in die wir weder gehören, noch sind – wir haben vor dem Euro-Missbrauch gewarnt, wir haben vor der Einwanderung (ich habe eben Raffelhüschen genannt) gewarnt, sind dafür geframt worden. Nochmals: Ich hätte erwartet, dass der Deutschlandfunk, nach wie vor einer meiner Lieblingssender, klar entgegentritt und sagt, man kann in diesem Zusammenhang doch bitte nicht das Wort „Deportation“ gebrauchen. Bitte, wo sind wir? Wenn wir über Abschiebungen reden und Rückführungen, können Sie nicht durchlassen, dass Linke das perverse Wort „Deportation“ benutzen.

Küpper: Ich habe den Sprachgebrauch von Ihrer Partei, Ihren Parteikollegen gerade genannt. Deswegen sprechen wir auch an diesem Morgen.

Gottschalk: Und das finde ich gut.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.